

Berliner Tageblatt

Nr. 115

und Handels-Zeitung

53. Jahrgang

Stutt und Berlin von Rudolf Wesse in Berlin.

Die Demokraten für schleunigste Neuwahlen

Die Arbeiten des Reichstags.

Sitzungen voraussichtlich bis Donnerstag.

In der demokratischen Reichstagsfraktion ging heute die einmütige Stimmung dahin, den Reichstagsler zu erlösen, dem unerfreulichen Schwebestand alsbald ein Ende zu machen und die Reichstagsneuwahlen mit größter Beschleunigung vorzunehmen. Wenn vor allem nur der Palmsonntag (13. April) als Wahltag für die Beratung steht, so wäre es wünschenswert, daß der Reichstagsler in Verbindung mit den großen politischen Ausprägungen bis zum Donnerstag dauere wird, und daß der Reichstag dann seine Arbeiten beendet haben wird. Was nach Abschluß dieser Aufgaben geschehen soll, steht im Augenblick noch immer nicht fest. Es wird in parlamentarischen Kreisen jetzt die Frage erörtert, ob die Reichsregierung am Donnerstag die Auflösung auszusprechen soll oder ob die Parteien von sich aus einen Antrag auf Auflösung des Reichstags einbringen sollen. Darüber hinaus werden noch Zweifel geäußert, ob es möglich sein wird, die Beratungen des Reichstags schon bis zum Donnerstag zu beenden. Jedenfalls besteht, wie man sieht, über die Frage, wann es zur Auflösung des Reichstags kommt, und in welcher Weise dies geschieht, noch immer Unklarheit.

Die Note über die Militärkontrolle.

Die Note in Berlin eingetroffen. — Veröffentlichung morgen.

Wie wir hören, ist die Note der Wehrkommissionen am Freitag in der Frage der Militärkontrolle heute in Berlin eingetroffen. Der Inhalt der Note, die recht umfangreich ist und sechs Schreibröhrenseiten füllt, wird morgen früh veröffentlicht werden.

Ein schwarzer Tag Poincarés.

Die neue Demissionsdrohung.

Zusammenstoß im Senat. — Stimmenhaltung von 169 Senatoren der Linken. — Erneute englische Vorstellungen in der Pfalzfrage. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 7. März.

Poincaré hat gestern einen sehr unangenehmen Tag gehabt. Nach der Sitzung der Finanzkommission des Senats, über die kurz berichtet wurde, erfuhr man, daß Poincaré wieder einmal in seiner Demission gedroht habe. Er man diese Demissionsdrohung ernsthaft ist und ihren Ausgang kennt, nahm nur wenige den neuen Pressenbericht ernst. Aber es gab nicht nur in der Finanzkommission Ärger für den Ministerpräsidenten, sondern im Ministerrat und im Senat. Im Ministerrat, auf dessen ungewöhnliches Kommunikations getrieben bereits hingewiesen wurde, soll der Präsident der Republik sich über die Ablehnung der Notlage durch die Finanzkommission des Senats sehr beunruhigt haben. Poincaré, der anfangs geneigt war, einige Konsequenzen zu machen, wurde durch die Beurteilung nervös und erklärte, daß er den Senat dazu zwingen würde, die Notlage zu bewilligen, wie sie in der Kammer votiert waren. Er werde sofort die Kommission auflösen und das Notwendige beantragen. Eine große Zahl von Ministern — nach einigen Zeitungen sieben — waren gegen diese Methode und rief zur Annahme der von der Kommission vorgeschlagenen Abänderung der Verordnungen. Es folgten dann laut im Ministerrat zugegangene Senatsentscheidungen, die die Kommission nicht mehr als einzige Instanz für die Notlage anerkennen, sondern auch die Finanzkommission der Kammer. Die erste Annahme, wo über die Notlage gesprochen wurde, die andere im Plenum, wo die Regierungsvorläufe zur Wahlreform zur Annahme gedrängt werden sollten. Poincaré ging zuerst in den Senat, in dem die Kommission beriet. Er erklärte in scharfen Worten, daß er den Beschluß der Kommission für eine Kriegserklärung halte. Die finanzielle Lage sei so bedauerlich, daß er zu langen Diskussionen keine Zeit habe. Deshalb verlangte er, daß die Senatskommission den Ministerpräsidenten und den Finanzminister bereits am Freitag oder Sonnabend hören und ihren Beschluß unverzüglich abgeben solle. Die Beratung im Senat mißte spätestens am Dienstag beginnen. Er teilte bereits mit, daß die Regierung das ganze Geld in allen Zellen ohne jede Forderung anfordern würde und daß die Vertrauensfrage stellen werde. Außerdem habe sich die Kommission sofort über die Notlage zu entscheiden, ob sie in dem jetzt angegebenen Sinne zu handeln gedenke. Wenn ihre Zustimmung nicht bis um 7 Uhr in den Händen des Ministerpräsidenten sei, werde der Ministerpräsident sofort seine Demission geben.

„Der Herr Ministerpräsident“ begann der Vorsitzende. — „Der Herr Ministerpräsident hat nichts weiter zu sagen“ schreit Poincaré kurz ab, wandte sich und verließ den Saal. Die ganze Szene hat fünf Minuten gedauert. Während inoffiziell Poincaré im Zimmer des Senats die Journalisten interviewte und mit den Ministern sprach, bereitete die Kommission nach den Zeitungsmeldungen „erregt und erschüttert“ über den in der Geschichte des Senats unerhörten Vorgang. Was im einzelnen gesagt wurde, wird nicht verraten, aber in einem Blatt ist zu lesen, daß außer dem Namen Poincarés auch der Wochenbericht der Banque de France in der Beratung besprochen worden sei. In den letzten acht Tagen soll sich die Finanzkommission viermal in dem Saal getroffen haben. Die Kommission war unruhig. Endlich wurde eine Entscheidung getroffen, welche dem Wunsch Poincarés zu drei Vierteln entsprach, aber das gestellte Mi-

malum nicht ganz erfüllte. Die Senatskommission war bereit, den Ministerpräsidenten anders zu behandeln, als am Freitag oder Sonnabend anzuhören, aber sie übernahm nicht die Verpflichtung, die Gesetzesvorläufe, so wie sie sind, am Dienstag zur Debatte zu bringen. Eigentlich hätte Poincaré zurücktreten müssen, wie er gedroht hatte, denn seine Forderung war nicht in vollen Umfang angenommen worden, aber er hatte es sich wohl inwiefern anders überlegt, denn er gab nicht seine Einwilligung, sondern erklärte sich bereit, am Sonnabend noch einmal vor der Kommission zu erscheinen. Am Freitag wurde er selbst in der Kammer zu tun, aber der Finanzminister werde ihn vertreten, und der Kommission alle nötigen Informationen geben.

Nach dieser Anführung erwiderte der Ministerpräsident in der Vollziehung, er sei sofort neue Verhandlungen zum Verzei fah. Es ist einmütig, daß der Regierungsvorläuf über die Wahlreform vor vierzehn Tagen mit der minimalen Mehrheit von 16 Stimmen nach hartem Kampf angenommen wurde. Die Wahlkommission, die gegen den Regierungsvorläuf war, hatte demissioniert; die neue Kommission besteht aus Anhängern Poincarés und empfiehlt die Gelebe, deren Eingebildungen beginnen sollte. Aber die 169 Senatoren der demokratischen Linken beschloßen, sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen, um so ihrer Absicht demokratischer Ausdruck zu geben. Der Beschluß der demokratischen Linken wiederum-Martin begründete diesen Beschluß, als der Ministerpräsident seinen Platz einnahm. Die Wahlkommission wurde, was in der Kommission vorgegangen war, und spielte am Schluß jeder Rede mit einigen Worten darauf an. „Es ist möglich, eine Debatte zu verlangen, deren Ausgang nicht zweifelhaft ist“, sagte der Senator. „Aber meine Freunde und ich lehnen jede Verantwortung für diese Gelebe ab und wir werden deshalb an der Abstimmung nicht teilnehmen.“ Die hoffen, daß in der nächsten Regierungsperiode das Parlament frei geworden sein wird und sich in voller Unabhängigkeit aussprechen kann.

Diesen Worten folgte ein minutenlanges Weisfallen. Poincaré — „Kriechst vor Wut“ — erhob sich sofort zu einer Entgegnung. Er sagte: Ich würde auf die Worte des Herrn Diezmann-Martin nicht erwidern haben, wenn ich nicht auf einen Ausbruch antworten möchte. Herr Diezmann-Martin hat von der Freizügigkeit des Reichstags gesprochen. Ich bin überzeugt, daß ein erfahrener Parlamentarier wie Herr Diezmann-Martin, und ein Teil des Reichstags, verfassungsmäßige Rechte nicht kennen. Ist ein Parlament in seiner Freiheit behindert, wenn eine Regierung die Verfassungsverträge heilt? Aber kein Vertrauen zur Regierung hat, fast gegen alle Stimmen; das verlangt nicht hoch das Gewissen, das verlangt nicht der Charakter und der Mut der Überzeugung sind gegen Republikaner.

Die Note applaudierte, die Opposition lobte. Als es zur Abstimmung kommt, wird die Wahlreform mit 141 Stimmen bei Stimmeneinstimmigkeit von 169 Senatoren angenommen. Die absolute Mehrheit ist nicht erreicht. Ein Senator der Linken rief: „Demission“, aber Herr Poincaré hört nicht darauf und verläßt den Saal.

Nach dem am Montag d'Orsay entwarf, erwartete ihn eine neue Überzeugung. Der englische Botschafter Lord Crewe warf auf den Ministerpräsidenten, um neue Gedanken der englischen Regierung gegen die Vorgehen in der Pfalz zu äußern. Die Unterredung dauerte länger als eine Stunde. Der längste Bericht, der in einer Zeitung steht, zählt drei Zeilen und bezieht sich auf die folgenden, sehr diplomatischen Worte: „Die schärfste Kritik, die die englische Regierung vor einiger Zeit über die Lage in der Pfalz geäußert hatte, scheint noch nicht vollkommen beseitigt zu sein.“

(Siehe auch Seite 2.)

Der Senat und das Notgesetz.

Von unserem Pariser Korrespondenten Paul Block.

Die französische Deputiertenkammer hat die Zustimmung über das Notgesetz zum Abschluß gebracht, die genau vier Wochen gedauert hat. Nun muß die parlamentarische Kraftprobe noch einmal mit dem Senat gemacht werden, aber die Senatoren sind nicht alle so unermüdlich wie ihr Kollege Raymond Poincaré. Sie werden wahrscheinlich einen Waffentilstand zu schließen beabsichtigen, bei dem es nach der schönen Formel „weder Siegen noch Besiegte“ gibt. Poincaré wird die Erlaubnis erhalten, sich die gewünschte Willkür zusammenzusparen, aber er wird dafür auf die Befreiung ganz oder doch dem Sinne nach verzichten müssen. Ueber solche Fragen wird bereits in der Stille verhandelt. Da weder der Ministerpräsident noch der Senat einen Konflikt wünscht, wird man sich wohl verständigen.

Weil es aber in den kommenden Senatsitzungen oft um Ruancen sich handeln wird, die ohne ausführliche Darlegung nicht ganz deutlich sind, muß schon vorher kurz gesagt werden, was denn nun eigentlich in den berufenen Notgesetzen der Kammer beabsichtigt worden ist. Das Wesentliche ist ungefähr folgendes:

Im Ersparnisse zu machen, soll während des Jahres 1924 keine Ergänzung des Beamtenpersonals stattfinden. Dagegen wird, soweit es irgend möglich ist, eine Einschränkung des Personals durchgeführt werden. Die Rechte der Kriegsveteranen sollen dabei berücksichtigt werden. Die Regierung hat das Recht, die nötigen Verfügungen durch Dekret zu erlassen, unter der Voraussetzung, daß die Kammer in vier Monaten diese Verfügungen bestätigen muß.

Die Staatseinnahmen werden erhöht durch die Erhöhung der Stempelgebühren, durch die Verteuerung der Postkarten, durch die Einführung der Gesprächssteuer im Telefongespräch, durch die Erhöhung des Tabakpreises, durch die Erhöhung der Umsatzsteuer, durch die Erhöhung der Einkommensteuer, durch die Erhöhung der Erbschaftsteuer und durch die Erhöhung aller Steuern um durchschnittlich zwanzig Prozent.

Die Steuerzahlung soll erleichtert werden durch besondere Vergünstigungen für die Steuerpflichtigen, welche ihre direkten Steuern ganz oder zum Teil sofort bezahlen. Eingezogen müssen die Steuerpflichtigen, die bis zum 30. Juni im nächsten Jahre eine Erhöhung der realen Beiträge um zehn Prozent sich gefallen lassen.

Die Steuerhinterziehung soll verhindert werden durch ein (zweifelhaft unzureichendes) Aufsichtrecht über den Couponverkehr und zweitens durch eine Steuerkontrolle, bei der die Nachicht gegen frühere Sünden und der strengen Befragung der künftigen verbunden wird. Die Steuerhinterzügler, die in den ersten sechs Monaten nach dem Erscheinen ihres unangelegenen Einkommens freimüßig ergangen, bleiben straflos. Jeder Steuerbetrug, der zur Anzeige kommt, wird mit hohen Geldstrafen und Gefängnis bestraft.

Auf die Kleinindustrie und den Kleinhandel sollen gewisse Vorteile genommen werden. Damit die Kriegsinvaliden durch die Ersparnisse und Erhöhungen nicht leiden, hat die Regierung die Einführung einer besonderen Rentenkasse nach einem neuen System im Aussicht gestellt.

Ueber die Wirksamkeit dieser Notgesetze bestehen bei den Politikern jeder Richtung die härtesten Zweifel. In dieser Hinsicht ist André Tardieu, der das Notgesetz ein „Monstrum“ nennt, genau der gleichen Meinung wie Jogerot, der es höchstens als eine „Einsparung“ bezeichnet, oder wie der Sozialist Blum, der es für eine „verbrecherische Dummheit“ hält. Es wird sogar jetzt schon mit bestimmter Beziehung auf die bevorstehende Debatte im Senat, die Meinung verbreitet, daß Poincaré selbst gewisse Teile des Gesetzes nicht billige und es gern sehen würde, wenn er sie mit Aufwand beseitigen könnte. Wie immer wird bei solchen unkontrollierbaren Informationen von einem Duce Millerand gesprochen, der den bekanntlich wackelhaften Republikaner Poincaré zum Beispiel zur Verteidigung der unrepublikanischen De-freie gezwungen haben soll. Möglich ist alles, solange die Unmöglichkeit nicht zu beweisen ist. Aber wenn Poincaré wirklich die Befreiung gegen seine bessere Überzeugung vor der Kammer vertreten hat, dann hat er die republikanische Selbstsucht seines eigenen Herzens mit erkranklicher Selbstverleugung zu verbergen gewußt.

Die angelegte Veränderung der Auffassung Poincarés läßt sich aber ebenso wie das langsamere gewordenen Tempo der Notgesetzgebung viel einfacher erklären. Der Ministerpräsident, der für finanzielle Dinge einen besseren Blick hat, als für die Notwendigkeiten einer internationalen Friedenspolitik, weiß sehr genau, daß die Notgesetze nur dann der Reichsleiter sind, wenn das Gegebrnis der Sachverständigenberatung dabei wesentlich mitwirkt. Seine ganze Taktik geht deshalb darauf aus, die öffentliche Meinung Frankreichs auf einige Zugeständnisse vorzubereiten, die unermüdlich sein werden, aber gleichzeitig die Stimmung der Sachverständigen und der Reparationskommissionen nach einmal durch die Bestimmung der deutschen Verantwortlichkeit und die Bewilligung zu beeinflussen. Aus dieser doppelten Bemühung erklären sich die Widersprüche, die in der letzten Woche bei den Neusekretären der am Quai d'Orsay informierten Sen-